

Redebeitrag von Open Border Osnabrück zur Freiraumdemo

Auch wir von der Open Border Gruppe Osnabrück sind heute hier, um unsere Solidarität im Kampf für Freiräume und mit der Wagenburg Osnabrück auszusprechen!

Seit fast zwei Jahren kämpfen wir als Gruppe sowohl entlang der Balkanroute, als auch hier für Bewegungsfreiheit und das Recht zu bleiben und wiederzukommen für alle Menschen überall! Denn: Wir wollen nicht in einer Gesellschaft und auch nicht in einer Stadt leben, aus der Menschen abgeschoben werden, wo Menschen durch konstruierte Kategorien wie Geschlecht, Nationalität oder Aufenthaltstitel bewertet, diskriminiert und ausgeschlossen werden. Wir wollen ein gutes und menschenwürdiges Leben für alle – und zwar hier!

Dafür brauchen wir Freiräume! Freiräume sind für uns Räume, die frei sind von staatlicher Kontrolle. Räume, in denen versucht wird, Herrschaftsverhältnisse aufzubrechen und jegliche Diskriminierungen und Hierarchien aufzudecken und abzubauen.

In Freiräumen in Griechenland, von denen wir einige kennenlernen durften, erfahren Menschen auf der Flucht über die Balkanroute praktische und direkte Solidarität untereinander und durch aktivistische Unterstützung. Das sind Räume, in denen Selbstverwaltung möglich ist und der sonst so fremdbestimmte Lebensalltag der meisten Geflüchteten zumindest zu Teilen selbstbestimmt werden kann.

Wir können Freiräume selber schaffen! So wie wir hier stehen und jetzt gerade den öffentlichen Raum beanspruchen und mit Leben füllen, sind wir ein temporärer Freiraum, der immer wieder und überall auftauchen und genommen werden kann.

Während in dieser Stadt hunderte Menschen außerhalb und isoliert in Massenunterkünften leben müssen und kaum am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, gibt es in Osnabrück zahlreiche Leerstände, die jahrelang nicht genutzt werden. Räume schaffen Begegnungen und entfalten Potential für kollektive Verwirklichung und Solidarität.

Wir wollen, dass Osnabrück eine solidarische Stadt ist! In der alle Menschen die gleichen Rechte haben und gleichermaßen partizipieren können. In der alle den gleichen Zugang zu medizinischer Versorgung, zu Bildung, Wohnraum, Arbeit und zur kulturellen und politischen Mitbestimmung haben. In der alle Menschen unabhängig von ihrer Nationalität, ihrem Aufenthaltsstatus oder ihren Geschlechterrollen ohne Angst Zugang zum Leben in dieser Stadt haben.

Wir wollen, dass sich alle Menschen sicher fühlen können und niemand aus dieser Stadt abgeschoben wird! Wir wollen unser Zusammenleben selber bestimmen und uns nicht von Konstrukten wie Staatsbürgerschaft separieren lassen.

Vorbilder für Solidarische Städte gibt es schon! Es existieren mittlerweile über 300 sogenannte *Sanctuary Cities* (die Vorläuferin der Solidarity City) in Kanada und den USA, in denen sich Kommunen und Städte, darunter auch Großstädte wie New York, Los Angeles und Toronto, gegen die Abschiebepolitik der US-Regierung stellen. In diesen Städten bekommen alle Menschen, die sich in der Stadt aufhalten unabhängig vom Aufenthaltstitel, einen **Stadtausweis** und haben somit Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen. So können auch Menschen ohne Papiere ohne Angst vor Abschiebung ins Krankenhaus gehen, einen Mietvertrag unterschreiben, als Zeug*in vor Gericht aussagen, ein Bankkonto eröffnen oder Bücher aus der Bibliothek ausleihen.

In Deutschland ist nach dem Kommunalprinzip jede Entscheidung auf der niedrigstmöglichen Stufe zu treffen. Dadurch gibt es einen Handlungsspielraum der jeweiligen Städte und Kommunen, den wir für ein solidarisches Miteinander nutzen wollen. Verwaltung, Ausländerbehörde, Job Center, Sozialämter, Schulen, Krankenhäuser und Kultureinrichtungen sind Angelegenheiten der Städte und der Landkreise und sollten in einem lokalen Rahmen **für alle** ohne Angst vor Abschiebung oder Diskriminierung zugänglich sein!

In den letzten Monaten entstehen in Deutschland immer mehr Initiativen, die den Prozess der Solidarischen Städte auch hier vorantreiben wollen. Zu dieser noch jungen Bewegung der Solidarity Cities in Deutschland gehören unter anderem Berlin, Freiburg, Bremen, Münster...UND OSNABRÜCK!

Gerade jetzt kann ein gemeinsames Konzept um die Frage „In was für einer Stadt wollen wir leben?“ ein positiver Bezugspunkt für alle Beteiligten werden und ein ermutigendes Narrativ gegen das Erstarken des Rechtspopulismus und die Salonfähigkeit rassistischer Diskurse und Gewalttaten sein.

Wir werden uns dem Gefühl der politischen Handlungslosigkeit nicht beugen, sondern gemeinsam solidarische, partizipative, emanzipatorische und selbstbestimmte Konzepte des Zusammenlebens entwickeln und umsetzen.

Wir stimmen der Wagenburg Osnabrück zu: „Freiräume geben Menschen unabhängig von ihrem Alter, ihrer Herkunft, Sexualität und sozialem Status die Möglichkeit, sich in einem nicht-kommerziellen Rahmen zu entfalten. Dies ist sonst in der bestehenden Gesellschaft aufgrund der Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse kaum möglich.“

Die Solidarity City-Bewegung kann als eine Graswurzelbewegung mit kollektiver und widerständiger Solidarität in allen gesellschaftlichen Bereichen eine mögliche Antwort sein auf hegemoniale Unterdrückungsverhältnisse und Fremdbestimmung; auf Separation und rechte Hetze; auf Abschiebeknäste und Deportationen.

Gegen jede Abschiebung! Für solidarische Städte! Für mehr Freiräume!